

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Chefredakteur:**  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

## Inhalt

Axel Wernitz MdB, Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses, fordert die Umgestaltung der Bahnpolizei zu einer Bundes- und Vollzugspolizei.

Seite 1/2

Horst Seefeld MdB/MdEP, wirft den Christdemokraten und Liberalen vor, im Widerspruch zu ihren großartigen Verheißungen die EG-Charta der Bürgerrechte zu sabotieren.

Seite 3

Horst Niggemeier, Sprecher der IG Bergbau und Energie, zum DKP-Schulungsmaterial 1979: Lenin lenkt und leitet.

Seite 4/5

Manfred Schmidt MdB/MdEP, zieht Bilanz über die Kernkraftwerke in der Bundesrepublik: Weniger als 50 Prozent uneingeschränkt betriebsfähig.

Herausgeber und Verleger: Seite 6

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 88

9. Mai 1979

Deutsche Bundesbahn und innere Sicherheit

-----  
Die Bahnpolizei sollte zur Bundes- und Vollzugspolizei umgestaltet werden

Von Dr. Axel Wernitz MdB  
Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses

Ein wichtiges, grundsätzliches und zugleich aktuelles Thema ist die Frage nach dem möglichen und notwendigen Beitrag der Deutschen Bundesbahn im Bereich der inneren Sicherheit. In den zurückliegenden Jahren hat es sich gezeigt, daß die Bundesbahn zu einer Art Frei- beziehungsweise Ausweichraum für die Mobilität der Terroristen wurde. Es nimmt deshalb auch nicht Wunder, daß zum Beispiel in entdeckten konspirativen Wohnungen zum Teil auffällig viele Kursbücher vorgefunden wurden. Aber nicht nur für diese Form der Gewaltkriminalität, sondern auch für das weite Feld der übrigen Kriminalität und ihre Bekämpfung hat die Bahn ihren Stellenwert.

Die DB trägt diesen Gefahren in ihrem Bereich Rechnung insbesondere durch die Bahnpolizei sowie den Fahndungsdienst. Hauptaufgabe der Bahnpolizei ist es, von den Anlagen und dem Betrieb der Bahn beziehungsweise ihren Benutzern Gefahren abzuwenden sowie von der Allgemeinheit oder Einzelnen Gefahren abzuwehren, die beim Bahnbetrieb entstehen oder von den Bahnanlagen ausgehen können. Neben diesen präventiven Pflichten stehen die repressiven Aufgaben wie die Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten. Von der Bahnpolizei werden schutzpolizeiliche und kriminalpolizeiliche Funktionen wahrgenommen. Gerade weil Bahnpolizei und Fahndungsdienst der DB im Bereich der Bundesbahn einen positiven unverzichtbaren

Sicherheitsbeitrag leisten, sollte unter Einbeziehung der Erfahrungen der letzten Jahre ohne weiteren Verzug an der notwendigen Präzisierung und Verbesserung der Rechtsgrundlagen für diese Polizei gearbeitet werden.

Dabei gilt es, die folgenden im Bereich der zuständigen Behörden derzeit diskutierten grundsätzlichen Fragen sachlich zu klären und gegebenenfalls einer politischen Entscheidung zuzuführen:

- Die Bahnpolizei ist mit dem Fahndungsdienst der Deutschen Bundesbahn organisatorisch zusammenzufassen und zu einer Bundespolizei umzugestalten. Die Einbeziehung der Bahnpolizei in ein Polizeigesetz des Bundes würde der Rechtssicherheit und Klarheit dienen.
- Die Bahnpolizei sollte eine echte Territorialpolizei auf dem Bahngelände werden. Dies würde die Überführung der Bahnpolizei vom Status einer Transport- und Sicherungspolizei zu einer Vollzugspolizei mit vollem Status bedeuten.
- bestehende Unklarheiten über den Kompetenzumfang der Bahnpolizei bei den Aufgaben der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung müßten beseitigt und für bestimmte Fälle klare und konkrete Regelungen getroffen werden. Dazu gehört zum Beispiel die örtliche Zuständigkeit für Kontrollstellen nach § 111 StPO oder die Regelung des Polizeirechts auf Bahnhofsvorplätzen oder in Reisezügen.

Da die Bahnanlagen bundesweit bestehen und insoweit alle Länder berührt sind, bedarf es für die örtlichen Zuständigkeiten einer klaren Regelung, das heißt, der Begriff "Bahnanlagen" muß unstrittig definiert werden.

Neben diesen mehr langfristigen Themen einer Verbesserung der Situation und Zusammenarbeit zwischen Bahnpolizei und den Polizeien von Bund und Ländern gibt es noch eine Reihe aktueller Fragen beziehungsweise kurzfristiger Zielvorstellungen für eine bessere Kooperation. Es ist selbstverständlich, daß es hierbei stets um eine optimale Effektivität und Rechtsstaatlichkeit zugleich gehen muß. Zu diesen im Bereich der Sicherheitsbehörden und der Bundesbahn derzeit diskutierten Vorschlägen gehören:

- Verstärkte Einbeziehung der Bahnpolizei in die Kommunikationssysteme der Polizei. Das weitverzweigte BASA-Netz der Bahn (Bahnselbstanschlußanlage im bundesbahneigenen Fernsprechnet) sollte den Übergang gestatten zu den Kommunikationsnetzen der Polizei für Fernsprechen, Fernschreiben und Datenverarbeitung mit INPOL-Anschluß.
- Das BASA-Netz könnte als Relaisstation den Übergang zum INPOL-Netz für alle drahtlosen INPOL-Funkterminals vermitteln, um zum Beispiel die Personenabfrage per Funk aus dem fahrenden Zug zu ermöglichen.
- Das bereits vorhandene Fahndungskonzept im Bundesbahnbereich müßte verbessert werden; unter anderem sollte der kriminalpolizeiliche Dienst der DB vom Bundeskriminalamt (BKA) fachlich ausgebildet und in das Informations- und Kommunikationswesen des BKA integriert werden als eine Art "zwölftes Landeskriminalamt".

Hierbei handelt es sich sowohl bei den lang- als auch bei den kurzfristigen Zielvorstellungen um schwierige Fragen und Probleme, die zwar seit Jahren zwischen den Beteiligten diskutiert werden. Bislang ist es jedoch zu keinem entscheidungsreifen Konzept gekommen. Das aber ist vom Standpunkt der Rechtssicherheit, des Datenschutzes und der Effektivität aus, auch für die betroffenen Beamten selbst, unbefriedigend. Eine rasche und solide Klärung dieser Probleme wäre dringend geboten. Es darf in diesem Bereich keine offene Flanke der inneren Sicherheit geben.

(-/9.5.1979/hi/ca)



## Großartige Verheißungen als Schaumschlägerei entlarvt

---

Christdemokraten und Liberale sabotieren EG-Charta der Bürgerrechte

Von Horst Seefeld MdB/MdEP  
Obmann der Arbeitsgruppe Europäisches Parlament

Seit einigen Jahren arbeitet das Europäische Parlament daran, eine eindeutige, gleichberechtigte und gesicherte Rechtsstellung der Bürger der Europäischen Gemeinschaft, im Verhältnis zu den Organen und gegenüber den Mitgliedstaaten, zu erreichen. Bisher schien es gemeinsames Ziel - jedenfalls der großen Fraktionen - im Europäischen Parlament zu sein, aus dem "Marktbürger" einen "Gemeinschaftsbürger" zu machen. Gerade die Sozialistische Fraktion hat sich bei diesen Bemühungen besondere Verdienste erworben. Dies wurde am deutlichsten, als es darum ging, Vertreter der Organe der Europäischen Gemeinschaft und der Parlamente der Mitgliedstaaten für diese gemeinsame Arbeit zusammenzubringen. Die entsprechende Initiative des Europäischen Parlaments ging ausschließlich auf einen sozialistischen Vorschlag zurück. Um der Einheitlichkeit des Vorgehens willen haben die Sozialisten sogar den christdemokratischen Abgeordneten Mario Scelba als Vorsitzenden der betreffenden Arbeitsrunde vorgeschlagen.

Im politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments wurden nun erste Auswertungen der Ergebnisse dieser Arbeitsrunde unternommen. Wiederum auf Grund einer sozialistischen Initiative wurde beschlossen, alle konkreten Maßnahmen zu treffen, um die Rechtsstellung der Bürger in der Gemeinschaft zu verbessern: Der Rat und die Kommission sollen in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament unverzüglich den Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Menschenrechtskonvention vorbereiten. Da diese Maßnahme nur einen Minimalstandard von Grundrechten sichern kann, soll eine Gruppe von Experten einen Vorentwurf der "EG-Charta der Bürgerrechte" ausarbeiten. So lautete ein vom Berichterstatter, dem SPD-Abgeordneten Alfons Bayerl, für das Parlament erarbeiteter Vorschlag.

Ohne diese "EG-Charta" abzuwarten, soll - möglicherweise in Zusammenhang mit dem dem Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention - das Petitionsrecht der Bürger gegenüber den Gemeinschaftsorganen und die Individualbeschwerde zum Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften in den Gemeinschaftsverträgen verankert werden.

Im Politischen Ausschuß waren sich Vertreter aller Fraktionen über ein solches Vorgehen einig. Im Rechtsausschuß mußte man dann leider folgendes Kuriosum erleben: Die förmliche Empfehlung an das Plenum konnte zwar nicht mehr beeinflußt werden, und man wollte sich auch nicht die Blöße geben, das gemeinsame Arbeitsergebnis zur Erarbeitung einer EG-Charta der Bürgerrechte der "Table Ronde" von Florenz förmlich "in den Wind schreiben". So konnten sich die Christdemokraten und ihre Verbündeten in den Fraktionen der Konservativen, Gaullisten und Liberalen nur zu einer allgemeinen Zustimmung entschließen, nicht aber zu den konkreten Schritten, der der Berichterstatter Alfons Bayerl auf der Grundlage der Florenzer Arbeitsergebnisse vorgeschlagen hat. Wie so häufig wurden auch hier die großartigen Verheißungen in den Europawahl-Programmen der Christdemokraten und der Liberalen als Schaumschlägerei demaskiert. Mühevoll Vorarbeiten für die Rechte der Bürger in der Gemeinschaft wurden damit von denjenigen zunichte gemacht, die sich an anderer Stelle so gerne als die wahren Väter Europas darstellen.

(-/9.5.1979/bgy/hgs)

+ + +



Auch 1979: Lenin lenkt und leitet

-----  
DKP-Schulungsmaterial "Kommunist sein - was ist das?"

Von Horst Niggemeier  
Sprecher der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie

"Unaufhörlich darauf bedacht sein, die Mehrheit der Arbeitermassen sowohl in den Gewerkschaften als auch außerhalb der Gewerkschaften zu erobern - das ist es, was man tun muß."

Lenin im August 1921 in seinem "Brief an die deutschen Kommunisten" aus Anlaß des KPD-Parteitag in Jena.

Im Oktober 1978 schrieben die bundesdeutschen Kommunisten auf ihrem Mannheimer Parteitag in ihr neues Parteiprogramm: "Die DKP gründet ihre Politik auf die Theorie von Lenin... Sie kämpft in der Bundesrepublik für die freie Verbreitung des Marxismus-Leninismus." Der kommunistische Altvater ist auch heute noch nicht nur allgegenwärtig, sondern nach seinen Anweisungen werden die Strategie und Taktik in der DKP nahezu sklavisch nachvollzogen.

Dies wird in dem Studienmaterial deutlich, das der DKP-Partei Vorstand für das "Bildungsjahr der DKP 1978/79" zum Thema "Kommunist sein - was ist das?" an seine Mitglieder verteilt hat. Den DKP-Mitgliedern wird in dem Studienmaterial eingeschärft: "Lenin hat einmal gesagt, daß die Arbeiter den Kommunisten nicht im Kampf um den Sozialismus folgen werden, wenn die Kommunisten es nicht verstünden, den täglichen Kampf der Arbeiter im Betrieb, etwa den Kampf um das Teewasser, zu organisieren."

Auf dieser Leninschen Teewasser-Linie blieb dann auch der stellvertretende DKP-Vorsitzende Hermann Gautier, als er am 3. Februar 1979 hinter verschlossenen Türen seinem Parteivorstand unter anderem verkündete, daß während des Stahlstreiks die DKP "Streikposten mit heißen Getränken und Würstchen versorgten".

Was die DKP jedoch aus gutem Grunde nicht in ihre Studienmaterialien für 1978/79 hineinschreibt, ist die Forderung von Lenin, daß sich die Kommunisten von den Gewerkschaftsführern nicht aus den Gewerkschaften verdrängen lassen dürfen, sondern sie müßten - Originalton Lenin - "zu all und jedem Opfer entschlossen sein und sogar - wenn es sein muß - zu allen möglichen Kniffen, illegalen Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit bereit sein, um nur in die Gewerkschaften einzudringen, in ihnen zu bleiben und dort um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten... innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren". Eine stramm leninistische Partei wie die DKP wird solche Lenin-Anweisungen nicht ignorieren. Nur blauäugige Demokraten mögen anderes glauben. Im DKP-Bildungsmaterial 1978/79 hat man diese unzeitgemäß rüde Lenin-Melodie im Kammerton moduliert: "Deshalb verspottete Lenin alle Versuche, sich an der Arbeit in bestehenden Massenorganisationen des Proletariats, wie den Gewerkschaften und so weiter vorbeizudrücken."

DKP-Vize Gautier hat seinem Vorstand am 3. Februar dann auch angekündigt, daß die DKP neue Offensiven zur politischen Massenarbeit, insbesondere in den Betrieben, startet: "Zur langfristigen Schwerpunktorientierung auf die Stärkung der Betriebsgruppen in den Konzernbetrieben gehört auch der Ausbau der Marxistischen Betriebsarbeiterschulen bei den Bezirksvorständen."

In dem Schulungsmaterial für die DKP-Bildungsarbeit 1978/79 kann nachgelesen werden, nach welchem Muster und wo die Kommunisten ihre Agitationsarbeit vorzunehmen haben: "Zu den bedeutendsten Organisationen gehört die Gewerkschaft als breiteste Vereinigung der Arbeiterklasse und die Arbeiterjugendorganisationen. Sie sind von großer Bedeutung für den Kampf der Arbeiterklasse um tagtägliche Interessen und für weitergehende Ziele... einen besonderen Platz unter den Arbeiterorganisationen nimmt jedoch die marxistische Partei ein". Die DKP sei "der bewußte Vortrupp der Arbeiterklasse". Der Kommunist-Experte Professor Dr. Hermann Weber von der Uni Mannheim meint dann auch über die



heutige DKP sehr nüchtern, daß "die Selbsteinschätzung der Kommunisten als Vorhut der Arbeiterklasse dem Erfordernis unabhängiger und selbständiger Gewerkschaften widerspricht". Die DKP schärft es deshalb in ihrem Bildungskonzept den KP-Gewerkschaftern unmißverständlich ein: "Der Kommunist ist eben auch im Betrieb der Mann der Partei."

Das neue Parteiprogramm der DKP macht es ohnehin jedem Kommunisten zur "selbstverständlichen Pflicht, ein aktiver Gewerkschafter zu sein und für die Verwirklichung der den Interessen der Arbeiterklasse dienenden Gewerkschaftsbeschlüsse zu kämpfen". Man achte dabei allerdings auf die Feinheiten! Nur einfache Gemüter können nämlich übersehen, daß Gewerkschaftsbeschlüsse von Kommunisten nicht generell, sondern nur dann zu befolgen sind, wenn sie den "Interessen der Arbeiterklasse" dienen. Und wann das der Fall ist, bestimmt der DKP-Vorstand, der da noch im Oktober 1978 offen sagt: "Den Kommunisten geht es um die Überwindung von Widersprüchen und Inkonsistenzen in der gewerkschaftlichen Politik."

Im vertraulichen Vorstandszirkel läßt DKP-Vize Gautier die Katze aus dem Sack, wenn er über die Gewerkschaften behauptet, daß im Stahlarbeiterstreik "das Hauptziel des Kampfes nicht erreicht wurde, weil die Solidarität mit den Stahlarbeitern durch die IG Metall, durch die Einzelgewerkschaften des DGB nicht voll entfaltet wurde". Und Alt-Kommunist Gautier weiß auch vor seinen Vorstandsgenossen zu erklären, woran das gelegen hat: "Falsche Rücksichtnahmen auf eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung führt zu Halbheiten und zur Inkonsequenz bei der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen." Gleichwohl wird im DKP-Bildungsjahr 1978/79 unverfroren die Devise ausgegeben: "Kommunist sein heißt, für das Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten einzutreten."

Die DKP mit ihren 46.000 Mitgliedern braucht eben den politischen Einfluß auf Massenorganisationen. Das hat Lenin seinen Nachfahren ja gleich dutzendfach ins Stammbuch geschrieben. Die Gewerkschaften mit sieben Millionen Mitgliedern bieten sich da für die KP-Strategen geradezu an. Und auch eine Million SPD-Mitglieder sind eine große Zahl. Im DKP-Parteiprogramm heißt es dann auch mit leninistischer Folgerichtigkeit, daß "die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse ein Kernstück der Politik der DKP ist". Das erinnert an den Stalin-Freund und KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann aus den zwanziger Jahren, als dieser damals erklärte, daß die vier Millionen Gewerkschafter der "Kerntrupp des deutschen Industrieproletariats" seien "ohne den wir, die kommunistische Vorhut, nicht siegen können".

Daß Thälmann später die Sozialdemokraten als "Sozialfaschisten" diffamierte, und 1932 die Thälmann-Kommunisten gemeinsam mit den Faschisten gegen die Meinung der Freien Gewerkschaften bei den Berliner Verkehrsbetrieben einen Streik organisierten, sei genau so der Vollständigkeit halber erwähnt, wie das gemeinsame Auftreten von Kommunisten Ulbricht und Faschist Goebbels auf einer Streikkundgebung in Berlin. Man wird dabei an den sarkastischen Ausspruch des damaligen SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher erinnert, der die Kommunisten als "rotlackierte Nazis" bezeichnete.

Die im Geiste Thälmanns weiter arbeitende marxistisch-leninistische DKP wird an Glaubwürdigkeit unter den demokratischen Mitgliedern der Einheitsgewerkschaft trotz aller ihrer offensiven Anstrengungen nicht gewinnen. Doch ihre Aktivitäten und Absichten zu kennen, kann den Gewerkschaften nicht schaden. Auch dies aus dem Schulungsheft von 1974/79 zu kennen, ist wichtig: "Kommunist sein heißt, das Beispiel des realen Sozialismus zu nutzen, um der Bevölkerung die gesellschaftlichen Vorzüge der neuen sozialistischen Ordnung zu zeigen." Der DKP-Chef Herbert Mies hat dieses Funktionärschinesisch in Klartext gesprochen: "Die DDR ist unser Vorbild."

Für diese Aussage können alle Demokraten dankbar sein und sie mögen sich dabei vergegenwärtigen, was Altvater Lenin am 1. Juni 1921 auf dem Kongreß der III. Kommunistischen Internationale seinen Nachfahren mit auf den Weg gab: "Die Grundsätze des Kommunismus bestehen in der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Anwendung von staatlichem Zwang in der Übergangsperiode." Wie das aussieht, wissen Rudolf Bahro, Nico Hübner und unzählige weitere politische Häftlinge in der DDR und auch in Lenins Heimatwäld die "Übergangsperiode" nun schon seit über 60 Jahren. (-/ 9.5.1979/vo-he/ca)



## Kernkraftwerke in der Bundesrepublik

---

Weniger als 50 Prozent uneingeschränkt betriebsfähig

Von Manfred Schmidt MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es 16 Kernkraftwerke mit Betriebsgenehmigungen, von denen nur sieben uneingeschränkt in Betrieb sind. Dies ging aus einer Antwort der Bundesregierung auf meine Anfrage hervor, welche Kernkraftwerke in der Bundesrepublik zur Zeit eingeschränkt beziehungsweise uneingeschränkt betrieben werden. Alleine fünf der Reaktoren sind wegen Stör- und Schadensfällen abgeschaltet, zwei sind wegen Revisionen abgeschaltet und zwei weitere sind nur eingeschränkt betriebsfähig.

In dem Bericht der Bundesregierung über "Besondere Vorfälle in Kernkraftwerken in der Bundesrepublik", der den Zeitraum 1965 bis 1976 umfaßt, sind 146 Störfälle angeführt, davon allein 21 in den Jahren 1975 und 1976. Darüber, ob und auf welche Dauer die Reaktoren abgeschaltet werden mußten, gibt der Bericht keine Auskunft.

Die Vielzahl der Stör- und Schadensfälle in den letzten Jahren in der Bundesrepublik beweisen, daß die Anfälligkeit der Kernreaktoren sehr viel größer ist, als von der Energiewirtschaft zugegeben wird. Der Unfall in Harrisburg hat zusätzlich bewiesen, daß diese Technologie auch nicht beherrschbar ist. Nachdem uns von den Befürwortern der Kernenergie immer wieder vorgerechnet wurde, mit welcher geringer Wahrscheinlichkeit ein GAU (größter anzunehmender Unfall) geschehen könnte, wurde uns im März dieses Jahres bedeutet, mit welcher großer Wahrscheinlichkeit die Brennstäbe des Reaktors in Harrisburg durchbrennen beziehungsweise die Gasblase im Kühlsystem explodieren könnte.

Das tatsächliche Ausmaß der Gefahr in Harrisburg wurde erst in den letzten Wochen bekannt. Nachdem der amerikanische Gesundheitsminister mitteilte, daß die Menge der ausgeströmten Radioaktivität das bisher angegebene Maß über das Doppelte überstiegen habe, wurde eingestanden, daß eine Kommission der "Amerikanischen Akademie der Wissenschaften" zu dem Ergebnis gekommen war, daß es keine ungefährlichen Dosen von Radioaktivität gibt. 16 der Ausschußmitglieder befürchteten, daß dieses Ergebnis die Angst der amerikanischen Öffentlichkeit vor Radioaktivität über Gebühr verstärken werde.

Diese Informationspolitik ist durchaus vergleichbar mit der in der Bundesrepublik. Als Beispiel sei hier nur angeführt, daß erst lange nach dem Ausströmen von Radioaktivität im Kernkraftwerk Brunsbüttel am 16. Juni 1978 die Bevölkerung über diesen Vorfall informiert wurde. Diese Politik ist nicht geeignet, das Mißtrauen der Bevölkerung in die Kernenergie zu zerstreuen.

Weiter ist zu bedenken, welches ein großes volkswirtschaftliches Vermögen durch die hohe Störanfälligkeit der Kernreaktoren brachliegt. Das wird besonders deutlich, wenn man berücksichtigt, daß ein normaler Druckwasserreaktor mit 1.300 MW-Leistung zwei bis drei Milliarden Mark kostet. Der Schnelle Brutreaktor in Kalkar wird über drei Milliarden kosten. Zudem wurden aus Steuermitteln bereits über zwei Milliarden Mark in die Kerntechnologie gebuttert.

Wenn beabsichtigt wird, den Restbedarf an Energie mit Kernenergie zu decken, dann muß damit gerechnet werden, daß bei einer so hohen Anfälligkeit dieser Technologie wesentlich mehr Kernkraftwerke benötigt werden, als ursprünglich angenommen. Damit wird sich auch der Preis dieser Energie erhöhen. Zu den hohen Forschungskosten kommt dann noch ein hoher Strompreis für den Verbraucher hinzu, dem zusätzlich noch die aus den Stör- und Schadensfällen erwachsenen Kosten aufgebürdet werden.

Angesichts des jetzigen Standes der Entwicklung ist es nicht zu verantworten - weder unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit noch unter dem Gesichtspunkt der volkswirtschaftlichen Rentabilität - diese unbeherrschbare und teure Technologie zur Deckung des Energiebedarfs zu nutzen. Es wäre sehr viel vernünftiger, bis zur Beherrschung dieser Technologie sich auf konventionelle Energieträger zu beschränken. (-/9.5.1979/va-hu/ca)

